

## Pressemitteilung

z. Hdn. Herrn Hölzel

Direktor des Berliner Verlages

zur Veröffentlichung in der Berliner Zeitung bis 23. 12. 1989

(am 23. 12. wird diese Mitteilung der Presse allgemein zur Verfügung gestellt)

Opposition will sich und den Berlinern ein Weihnachtsgeschenk -Kopftitel machen

Unabhängigkeit der Berliner Zeitung soll mit Hilfe der SDP wiederhergestellt werden

Am 19. Dezember 1989 hat Herr Pawliczak von der Sozialdemokratischen Partei in der DDR Verhandlungen mit dem Berliner Verlag aufgenommen, um die Unabhängigkeit der Berliner Zeitung ~~zurück~~ wiederherzustellen.

Die Berliner Zeitung ist 1945 durch den Magistrat als unabhängige Tageszeitung gegründet worden und 1954 durch die SED übernommen worden. Bei dem unterbreiteten Angebot wird davon ausgegangen,

daß es ein gemeinsames Interesse der Berliner, der Redakteure und Mitarbeiter des Berliner Verlages und aller Parteien und politischen Vereinigungen der Bürger gibt, die Unabhängigkeit der Berliner Zeitung und des Berliner Verlages insgesamt wiederherzustellen. Nur als von den Parteien unabhängige demokratische Publikations<sup>möglichkeiten</sup>organe haben diese Presseerzeugnisse eine Chance, gegen die zu erwartende übermächtige Konkurrenz des Springer-Verlages auch in Berlin(DDR) zu bestehen. Die Artikulationsmöglichkeiten der Berliner Bevölkerung und ihrer Interessenvertreter wären erheblich eingeschränkt, wenn dies nicht gelingt. Darüber hinaus ~~wären~~ <sup>sind</sup> die Arbeitsplätze der Redakteure und Mitarbeiter des Berliner Verlages durch diese Konkurrenz erheblich gefährdet. Es kann daher von einer Interessengemeinschaft über alle politischen Orientierungen in Berlin und in der DDR hinweg in dieser Frage ausgegangen werden.

Der unterbreitete Vorschlag geht davon aus, daß die bisherige Absicherung der Produktion und des Vertriebs erhalten bleiben und über die SDP zusätzlich Voraussetzungen (für die Verbreitung der Berliner Zeitung) ~~zur~~ vollen Deckung der Nachfrage in Berlin und darüber hinaus geschaffen werden. Die SED muß aus ihrem Vermögen die bisherigen Verluste der Berliner Zeitung ausgleichen. Die SDP möchte ~~keinen~~ <sup>keinen</sup> besonderen Einfluß auf die Berliner Zeitung nehmen, sondern gleichberechtigte <sup>Artikulations</sup> ~~Artikulations~~möglichkeiten in dieser Zeitung für alle politischen Gruppierungen in der DDR, also auch für die gesamte Opposition schaffen. Das soll durch eine drittelparitätische Selbstverwaltungsstruktur (Redaktion - Mitarbeiter - Aufsichtsgremium) gewährleistet werden.

Hölzel

Pawliczak